

Er scheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgepaltenen
Beitragteile 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsprez-liste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 26 Berlin, den 27. Juni 1913 24. Jahrg.

Fernsprech - Amt Königsbad, 4720
Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223,
Geldsendungen an W. Zielke, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.
Fernsprech - Amt Königsbad, 4720

Inhaltsverzeichnis. Generalstreik. — Deutschlands Bodenschätze und ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben. — Der Einfluß der Heeresvermehrung auf den Arbeitsmarkt. — Schiffsahrt und Schiffbau. — Neue Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften. — Rundschau: Der Arbeitswilligenschuß. Verbändler als Streikbrecher. Ein neuer Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. Der „Holzarbeiter“, Organ des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter Deutschlands. — Feuilleton: Wohnungskunst und Möbelbau im Altertum. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Ulm a. D. Wismar. — Lohnbewegung. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Generalstreik.

Ignaz Auer, einer der bekanntesten verstorbenen Führer der deutschen Sozialdemokratie alten Schlages, hatte mit Recht den Satz aufgestellt: Generalstreik ist Generalunsinn. Bei Durchsicht der sozialdemokratischen Parteiprotokolle der letzten 10 Jahre finden wir eine ständige Wiederkehr der Debatten über Massen- und politischen Massenstreik oder Generalstreik. Nachdem in Belgien vor kurzem zum wiederholten Male der Versuch eines Generalstreiks wegen der geplanten Verschlechterung des Wahlrechts mit einem kleinen Erfolge unternommen wurde, ist auch für Deutschland wieder dieses Problem in den Bereich der „Erwägungen“ getreten. Der Mannheimer Rechtsanwalt und Doppelgänger Lassalles, Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Frank, ist über den Erfolg seiner Partei bei den preussischen Landtagswahlen wenig erfreut. Er will dieses elendeste aller Wahlsysteme sämtlicher Kulturstaaten als die Ursachen der Niederlage durch eine „Massenarbeits Einstellung“ beseitigen. In einer sozialdemokratischen Berliner Versammlung äußerte er sich darüber wie folgt: „Wir verlangen die Gleichberechtigung mit den Herrschenden und die Abschaffung des Klassenwahlrechts in Preußen! Aber das Volk muß auch recht bald zurückkehren zu dem mit gutem Anfang begonnenen System, den Willen des Volkes auf der Straße zum Ausdruck zu bringen. Die Berliner haben in den Kämpfen mit Jagow bewiesen, daß sie eine ganz ausgeprochene große Begabung für diese Straßenmanöver haben. Wenn alles Bitten umsonst ist, dann muß es endlich heißen: Heraus aus den Fabriken, heraus aus den Werkstätten, heraus aus den Kontoren! Denn auch diese Leute sind genau so Bürger dritter Klasse wie die Arbeiter. Dann ist der Tag des Massenstreiks gekommen, wenn alle anderen Mittel versagen. Ueber die Notwendigkeit des Massenstreiks brauchen wir nicht zu debattieren.“

Zwischen dem bloßen Straßenmanöver, daß die Berliner nach Ansicht von Dr. Frank so gut verstehen, und der Massenarbeits Einstellung liegt aber doch ein so himmelweiter Unterschied, daß der Erfolg des einen Unternehmens noch lange nicht das Gelingen des anderen bedeutet. Jedenfalls schreibt man jetzt wieder sehr viel und recht eingehend von der „Idee“ eines Generalstreiks in Deutschland und die Anhänger desselben freuen sich, einen einflußreichen Parteigenossen mehr in ihren Reihen zu haben. Daß es gerade Dr. Frank war, welcher gegenwärtig diese Möglichkeit vor die Öffentlichkeit brachte, wird jeden Kenner der Person überraschen. Frank gehört in seinem Heimatlande Baden zu den gemäßigten Realpolitikern, die bei Wahlen früher und auch diesmal wieder stets mit den Liberalen gemeinsame Sache machten.

In Deutschland beschäftigt man sich ernstlich erst seit ungefähr 1904 mit der Generalstreiksidee. Die Verhandlungen hierüber auf den verschiedensten Partei- und Gewerkschaftskongressen waren sehr lebhaft und erzeugten manchmal einen recht tiefen Miß in dem sonst so herzlichen Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Gruppen. Im August 1904 hatte der seinerzeit noch bekannte Anarchosozialist Dr. Friedeberg in einer Versammlung der Berliner Lokalfisten, der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, die Notwendigkeit des Generalstreiks dargelegt. Der Angriß Friedebergs auf die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie samt ihrer negativen parlamentarischen Tätigkeit verurteilte einen Sturm der Entrüstung.

„Das was der Gewerkschaftsbewegung den weiten Horizont und den Klassenkampfcharakter geben kann, das ist einzig und allein die Generalstreiksidee. Die Generalstreiksidee soll die Gewerkschaften nicht etwa vom Tageskampf abwenden, der soll nach wie vor stattfinden. Die Gewerkschaften müssen sich ihrer Aufgabe als spätere Träger der neuen Gesellschaftsordnung bewußt werden. Durch die Streiks schulen sie die Arbeiter, sie geben ihnen sittliche Kraft, sie bringen ihnen Solidaritätsgefühl, proletarisches Denken und Empfinden bei. Die Generalstreiksidee gibt den Gewerkschaften einen weiten Horizont, wie ihn bisher der Gedanke der Eroberung der politischen Macht der Bewegung gegeben hat. Der Generalstreik ist keine Utopie, im Gegenteil, er ist das einzige Mittel, mit dem wir den Klassenstaat tödlich treffen können, er ist die einzige Möglichkeit, wo das Proletariat es ganz und gar in der Hand hat, allein die Bedingungen, auf denen der Klassenstaat aufgebaut ist, zu beseitigen und zu untergraben.“

Nachdem Dr. Friedeberg die Generalstreiksidee als ein ethisches Kampfmittel begründet hatte, wurde seitens der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften eine lange Entschliebung angenommen, die in ihrem letzten Absatz folgendes besagt: „... Daß die nur indirekt nützende, unzweckmäßige, ungeheure Opfer an geistigen und materiellen Kräfte erfordernde parlamentarische Betätigung zurückgedrängt und alle Kräfte des deutschen Proletariats direkt auf die geistige und sittliche Hebung des Proletariats und auf den wirtschaftlichen Kampf verwandt werden muß. Daß darum der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen und die Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder über die Tagesfragen hinaus zu ideal gestimmten, bewußten Klassenkämpfern mit aller Macht betrieben und so die Möglichkeit eines siegreichen Generalstreiks für das deutsche Proletariat baldigst verwirklicht werde.“

Nachdem der Stein ins Rollen gebracht war und die Kritik an den Friedebergschen Ausführungen überall ausgiebig einlegte, gab es für die freien Gewerkschaften wie für die sozialdemokratische Partei kein Zurück mehr. Quert besaßte sich der Gewerkschaftskongress in Köln 1905 mit der Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik. Der verstorbene Gewerkschaftsführer Bömelburg, welcher das Referat übernommen hatte, erklärte den anarchisistischen Generalstreik für nicht diskutierbar und wandte sich auch gegen den politischen Massenstreik. Etwas anders besagte daher auch die Entschliebung des Kölner Kongresses, als sie die Lokalfisten faßten. Dasselbe lautete am Schlusse: „Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeitererschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undiskutabel; er warnt die Arbeitererschaft, sich durch Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.“ Dieser Beschluß gab wiederum Veranlassung zu einer heftigen Fehde zwischen den Gewerkschaften und dem radikalen Flügel innerhalb der Sozialdemokratie. Letzterer blieb es jetzt nicht verschont, sich ebenfalls eingehend mit der nun so aktuell gewordenen Frage zu beschäftigen.

Dies geschah denn auch noch in demselben Jahre 1905 auf dem Parteitage in Jena. Hier trat Bebel als Redner auf und befüwortete in energischer Weise den politischen Massenstreik. Im Gegensatz zur direkten Ablehnung des Massenstreiks durch die Gewerkschaften nahm der Jener Parteitag eine Resolution dahingehend an, wonach als eines der wichtigsten Kampfmittel, um ein politisches Verbünden an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, gegebenen Falles die umfassendste Anwendung der Massenarbeits Einstellung empfohlen wird. Daß dieser Beschluß innerhalb der Gewerkschaften lebhaft diskutiert wurde, war begreiflich und auch notwendig. Die Gewerkschaften konnten sich als treue und gehorsame Parteigenossen diesem Beschlusse eben nicht fügen. Es kam daher Anfang 1906 zu einer internen

Aussprache zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften, dessen Geheimprotokoll die „Einigkeit“, das Organ der Lokalfisten, bald darauf veröffentlichten konnte. Dem 1906 in Mannheim stattgefundenen Parteitage war es vorbehalten, nochmals zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Wer da glaubte, es läme ein den Gewerkschaften angenehmer Beschluß zu stande, der sollte bald enttäuscht etwas anderes erfahren. In Mannheim wurde der Beschluß von Jena bestätigt. Außerdem beschloß man noch folgendem Zusatz: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“

Seit dieser Zeit ist in der gewerkschaftlichen und der Parteipresse eifrig und zwar größtenteils recht heftig über die Möglichkeiten eines politischen Massenstreiks gestritten worden. Insbesondere waren es auf Parteiseite die blutrünstige Rosa Luxemburg, Roland-Holtz, Kautski, Olivell u. a. m. Die einflußreichen führenden Gewerkschaftler benehmen sich in dieser Frage sehr zurückhaltend. Ist doch trotz der Bekundung durch den Mannheimer Parteitag, als gäbe es in dieser Frage keine Gegensätze, eine unüberbrückbare Kluft vorhanden. Die praktische Gegenwart erfordert eben von den Gewerkschaften eine solche Unmenge von Kraft, daß dieselben an theoretischen Auseinandersetzungen über Utopien nicht denken können. „Die Massenstreiks“, schreibt Rosa Luxemburg in einer 1906 erschienenen Broschüre über Massenstreik, Partei und Gewerkschaft, „die politischen Massenstreiks können unmöglich in Deutschland von den Organisierten allein getragen und auf eine regelrechte „Leitung“ aus einer Parteizentrale berechnet werden. In diesem Falle kommt es aber wieder — ganz wie in Rußland — nicht sowohl auf „Disziplin“, „Schulung“ und auf möglichst sorgfältige Vorausbestimmung der Unterstützungs- und der Kostenfrage an, als vielmehr auf eine wirkliche revolutionäre, entschlossene Massenaktion, die im stande wäre, die breitesten Kreise der nichtorganisierten aber in ihrer Stimmung und ihrer Lage nach revolutionären Proletariatsmassen zu gewinnen und mitzureißen.“ Auf die niedrigsten Schichten der Menschheit, womit die rote Rosa hierbei rechnet, mag sie sich verlassen können. Diese Elemente machen ganz gerne einmal Revolution. Die durch jahrelange Organisationszugehörigkeit zu verständigen, matriell und geistig empor gehobenen Schichten der Arbeitererschaft werden sich zu derartigen Experimenten nicht gebrauchen lassen. Und auch einem politischen Führer, wie es Dr. Frank ist, dürfte dies kaum gelingen. Auf die Hilfe der Gewerksvereine und der anderen nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften kann man schon lange nicht rechnen. Theorie und Praxis sind eben verschiedene Begriffe.

Deutschlands Bodenschätze und ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben.

Einen guten Nährboden für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens bilden nicht zuletzt die Bodenschätze unseres Landes. Daneben tritt das, was dem Boden abgerungen wird durch den Fleiß und die Tüchtigkeit unserer Landwirtschaft. Eine blühende Landwirtschaft zu schaffen und zu erhalten, gehört mit zu den ersten Aufgaben des Volkswirts. Erfreulich sind die Fortschritte, die durch eine bessere Bodenbenützung, heute schon von der Landwirtschaft erzielt werden. Die Erzeugung von Brotgetreide (Weizen und Roggen) in den letzten Jahren, über die statistische Angaben vorliegen, betrug in Deutschland etwa 15 Millionen Tonnen, in Rußland 41, in England 2, in Frankreich 9 1/2, in Oesterreich 4 1/2, in Ungarn 6, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 17. Die Gerste und Safferrnte betrug dort zusammengerechnet auch 17 Millionen Tonnen, während in Deutschland 11, in England 3 1/2, in Rußland 20, in Oesterreich 4, in Ungarn 3, in Frankreich 6 1/2, darauf entfielen. In der Kartoffelproduktion steht Deutschland mit 34,4 Millionen Tonnen an der Spitze aller Länder. Ihm folgt Rußland mit 31,1; Frankreich mit 11 1/2, England mit 4 und die Vereinigten

Staaten mit 8 Millionen Tonnen. Auch wenn wir die Gesteinerträge dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrachten, steht Deutschland nicht schlecht da. Die deutsche Landwirtschaft hat Proben ihrer Leistungsfähigkeit bewiesen.

Wichtig aber auch sind die Bodenschätze Deutschlands, die tief unter der Oberfläche lagern. So finden wir Steinkohlen hauptsächlich in den Becken der Ruhr, um Aachen an der Saar, in Ober- und Niederschlesien und in Sachsen. Die Menge der gefördertsten Steinkohlen betrug im Jahre 1910 in Deutschland die Summe von 152827800 Tonnen mit einem Wert von 1526604000 Mark. Braunkohlen finden wir vor allem im Gebiet von Halle. Dann im Rächener Bezirk, im Westerwald, der Wetterau, des Vogelsberges, der Rhön und des niederbayerischen Beckens. Auch in den Bayerischen Alpen zwischen Salzbad und der Grenze von Vorarlberg, z. B. bei Wiesbad, Au, Bergberg und Hohenpeissenberg liegen diese Bodenschätze. Im Jahre 1910 wurde in Deutschland an Eisenerz 28709700 Tonnen mit 106809000 Mark Wert gefördert. Kupfer wird vor allem im Berglande von Mansfeld gewonnen. 1910 wurden in Deutschland an Kupfererze 926000 Tonnen gefördert im Werte von 23406000 Mark. Viel gibt es hauptsächlich am Nordsaume des rheinischen Schiefergebirges, am schlesischen Gang der Sudeten, im Harz und um Freiberg i. S. In Bleierze förderte Deutschland 1910 etwa 148500 Tonnen mit einem Wert von 14064000 Mark. Deutschland gehört dann ferner auch zu den größten Zinkproduzenten der Welt. Im Jahre 1910 wurden 718300 Tonnen Zink erz im Wert von 45185000 Mark bei uns gefördert, ferner an Silber- und Gold erze 6600 Tonnen für 640000 Mark Wert.

Die wichtigsten deutschen Eisenerzlagertätten sind bei Weilon in Westfalen, bei Weplar, Weiburg und Dillenburg, im Ruhrgebiet, im Harz, Speßart, Saargebiet, Schlesien und Sachsen. Geringer ist die Eisengewinnung in Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig und Hannover. Die Fördermenge ist natürlich geringer wie der der Kohlen. Im Jahre 1910 wurde in Deutschland an Eisenerz 28709700 Tonnen mit 106809000 Mark Wert gefördert. Kupfer wird vor allem im Berglande von Mansfeld gewonnen. 1910 wurden in Deutschland an Kupfererze 926000 Tonnen gefördert im Werte von 23406000 Mark. Viel gibt es hauptsächlich am Nordsaume des rheinischen Schiefergebirges, am schlesischen Gang der Sudeten, im Harz und um Freiberg i. S. In Bleierze förderte Deutschland 1910 etwa 148500 Tonnen mit einem Wert von 14064000 Mark. Deutschland gehört dann ferner auch zu den größten Zinkproduzenten der Welt. Im Jahre 1910 wurden 718300 Tonnen Zink erz im Wert von 45185000 Mark bei uns gefördert, ferner an Silber- und Gold erze 6600 Tonnen für 640000 Mark Wert.

Den Metallen reiht sich in seiner wirtschaftlichen Bedeutung das Salz ebenbürtig an. Den größten Reichtum an Steinsalz birgt in Deutschland die Zechsteinformation. Von Staßfurt aus, wo 1843 ein Salzlager von über 200 m Mächtigkeit erbohrt wurde, gelang es, die Verbreitung dieses vielfach bis 1500 m mächtigen Lagers zunächst durch einen großen Teil der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt, später sogar durch Braunschweig und Hannover bis Segeberg in Holstein und andererseits bis Znowrogaw in Posen zu ermitteln. Hervorragende Steinsalzbergwerke gibt es besonders in Norddeutschland, auch in Bayern, Württemberg, Hohenzollern, Baden und Hessen.

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist der Reichtum Deutschlands an Kalisalz und Magnesiumsalz. Im Jahre 1910 wurden bei uns an Kalisalz, einschließlich Kainit und anderen Kalitrohsalzen, 311700 Tonnen gefördert mit einem Wert von 91357000 Mark. An Steinsalz 1424100 Tonnen und 6440000 Mark Wert.

Außer diesen genannten Salzen, den Kohlen- und Eisenerzen wurden natürlich noch andere Boden-

schätze gehoben. Rechnen wir noch hinzu das, was an Graphit, Asphalt, Erdöl, Bittersalze, Borazit, Zinnerze, Quecksilbererze, Kobalterze, Antimonerze, Arsenikerze, Manganerze, Wismuterze, Uranerze, Wolframerze, Schwefelkies, Vitriol- und Alaunerze gewonnen wurde, dann betrug die Fördermenge 263167300 Tonnen mit einem Wert von 2008708000 Mark.

Das sind beachtenswerte Zahlen. Die gewerbliche Verarbeitung und Veredlung der einheimischen Bodenreichtümer und Rohstoffe gibt Millionen Arbeit und Brot, wie schon ihre Förderung viel Verdienst und Arbeitsgelegenheit schafft. Unbeachtet sind geblieben bei dieser Betrachtung alle die Bodenschätze unserer Kolonien. Wir wissen was England daraus gewinnt und gewonnen hat. Man erkennt aber aus dem Ganzen, wie die Bodenschätze eines Landes auch das Wirtschaftsleben zu beeinflussen vermag.

Der Einfluß der Heeresverstärkung auf den Arbeitsmarkt

wird in der „Konjunktur“, der Wochenschrift für Kapital und Arbeit, folgendermaßen beurteilt: Nach der Durchführung der geplanten Heeresverstärkung werden — abgesehen von Offizieren — circa 660000 gesunde, junge Männer stets und ständig die deutschen Kasernenhöfe und Uebungsplätze bevölkern. Das bedeutet wirtschaftlich ein völliges Bruchliegen eines recht beträchtlichen Teiles der deutschen Arbeitskraft. Alljährlich werden vom Herbst 1913 ab 63000 Rekruten mehr eingestellt als bisher! Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den heimischen Arbeitsmarkt? Seit Ende des Jahres 1911 steht der deutsche Arbeitsmarkt im Zeichen ständiger Ueberlastung. Im Oktober 1912 standen 371000 offenen Stellen 511000 Arbeitsuchende gegenüber. Angefächelt dieses Mißverhältnisses von Nachfrage und Angebot am Arbeitsmarkte könnte der Gedanke aufkommen, daß die Kasernierung von weiteren 63000 Mann pro Jahr nur günstig auf die Lage des deutschen Arbeitsmarktes zurückwirken könnte und daß hierdurch dem übrigen Teile der Arbeiterschaft eine größere Möglichkeit, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, geboten würde. In der Praxis liegt die Sache jedoch wesentlich anders. Die Steigerung der Rekrutenziffer um 63000 Mann wird vielleicht im ersten Augenblick eine gewisse Erleichterung am Arbeitsmarkte hervorzurufen, gar bald aber werden die Unternehmer bestrebt sein, ausländische Arbeiter in größeren Massen als bisher nach Deutschland zu ziehen, und auf diese Weise wieder jene Ueberlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen, die den sichersten Schutz gegen Lohnbewegungen usw. bietet. Die deutschen Arbeiter, die zum Militärdienst einberufen werden, sind meist höher qualifizierte Arbeitskräfte, als die Ersatzleute, die von den Arbeitgebern aus Osteuropa herbeigeht werden.

Bei der Rückständigkeit der Arbeiterorganisation in den östlichen Nachbarländern ist natürlich immer die Befürchtung vorhanden, daß die Einwanderer sich als Streikbrecher oder Lohnrücker verwenden lassen. Nicht nur die Bestrebungen, die auf eine Hebung der einheimischen Arbeiterklasse gerichtet sind, werden durch den Zugug minderwertiger aus-

ländischer Kräfte gelähmt, auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie wird schließlich schweren Schaden leiden. Denn je mehr die mit billigen Arbeitskräften arbeitende amerikanische und ostasiatische Industrie den deutschen Erzeugnissen am Weltmarkte Konkurrenz bereitet, um so deutlicher zeigt es sich, daß die deutsche Industrie ihre bedrohte Stellung nur behaupten kann, wenn sie Qualitätsware liefert. Das ist ihr aber nur möglich mit Hilfe der leistungsfähigen inländischen Arbeiterschaft. Wenn dem heimischen Arbeitsmarkte alljährlich so bedeutende Mengen hoch qualifizierter Kräfte entzogen werden, für die kein vollwertiger Ersatz beschafft werden kann, muß schließlich die Industrie dadurch in ihrer Konkurrenzkraft erheblich geschwächt werden.

Es wird sich erst allmählich zeigen, wie nachteilig es ist, daß ein relativ großer Bruchteil der inländischen Arbeitskräfte aus militärischen Rücksichten einfach brach gelegt wird. In erster Linie wird sich die Erhöhung des Rekrutenkontingents am Arbeitsmarkte der westdeutschen Industrie- und Gewerbegebiete, die schon seit längerer Zeit über Arbeitsmangel klagen, und auch am ländlichen Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Nach diesen Schäden wird man daher auch die ersten größeren Transporte russisch-polnischer, galizischer, italienischer und rumänischer Arbeiter dirigieren. Den Kreisen, die mit besonderer Wärme für die Mästungsvorlagen und für das „große Opfer“ plädieren, wird die verstärkte Einschleppung ausländischer Arbeiter wohl nicht sonderlich angenehm sein, sie werden sich aber wohl damit abfinden und lieber auf die Reinhaltung des deutschen Volkes von slawischen usw. Einflüssen verzichten, als daß sie etwa der einheimischen Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zubilligen. Da das Menschenmaterial in Osteuropa infolge des mörderischen Balkankrieges neuerdings auch etwas knapp geworden ist, wird man sich vielleicht noch dazu entschließen, Chinesen oder andere Exoten einzuschleppen. Versuche in dieser Richtung sind ja von staatlich subventionierten Schiffahrtsgesellschaften bereits gemacht worden.

Schiffahrt und Schiffsbau.

Die enorme wirtschaftliche Entwicklung, die Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte genommen hat, mußte naturgemäß auch in der Schiffahrt und im Schiffsbau zum Ausdruck kommen. Die Internationalisierung des Kapitals, der Uebergang vom Land- zum Weltverkehr, der Erwerb von Kolonien durch Deutschland schuf die Vorbedingungen für die Schiffahrt und wir sehen die großen Schiffahrtsgesellschaften wie Hamburg-Amerika-Linie, Norddeutscher Lloyd, Hansa, Woermann-Linie u. a. teils entstehen, teils sich ausbauen zu Großbetrieben. Die Hamburg-Amerika-Linie erhöhte ihr Aktienkapital von 15 Millionen Mark im Jahre 1886 auf 150 Millionen Mark im Jahre 1912. Die Flotte besteht aus weit über 400 Ozean- und Flugdampfer, Schlepper und Leichter. Das 50 000 Tonnen Schiff „Imperator“ bildet augenblicklich den Abschluß, um in nicht allzu ferner Zeit durch das im Bau begriffene „Waterland“ noch um 6000 Tonnen übertroffen zu werden. Der Norddeutsche Lloyd arbeitet mit 120 Millionen Aktienkapital und beschäftigt weit über 20 000 Menschen. Trotzdem dieser Handelszweig nun noch

Wohnungskunst und Möbelbau im Altertum.

Von H. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Die Anlegung von Wohnstätten und die Einrichtung derselben mit verschiedenartigen Vorrichtungen, Geräten usw., durch die der Aufenthalt in der geschaffenen Behausung bequemer, angenehmer, zweckmäßiger und praktischer gestaltet werden soll, ist mit eins der wichtigsten und charakteristischsten Merkmale in der Entwicklung des Menschen von niederen primitiven Zuständen seiner Daseinsweise zur Kultur. Freilich befanden sich Wohnungs- und Wohnungseinrichtung viele Jahrtausende, ja Jahrzehntausende hindurch in einfachstem und primitivem Zustande, ehe dem Menschen die Errichtung fester Wohnstätten, die Herstellung von Wohngebäuden, wenn auch noch sehr einfacher und behaglicher Natur, gelang. Die erste Wohnungseinrichtung des Menschen war der Baum. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß der Urmenich auf Bäumen wohnte, die er vielleicht deswegen als Aufenthaltsort wählte, weil ihm die hochgelegenen Baumstämme den verhältnismäßig besten und sichersten Schutz vor wilden Tieren boten. Noch heute finden wir bei verschiedenen Naturvölkern in Afrika und Asien, besonders in Ostindien, solche Baumwohnungen. Selbst diese primitiven Wohnanlagen lassen aber die ersten Anfänge einer künstlichen Einrichtung erkennen. Selbstfalls begnügt sich der Jäger aber einer bloßen Wohnung einfach mit der bloßen umhüllten Baumkrone, sondern er ist bemüht, künstliche Vorrichtungen zu schaffen, die dem Wohnzweck dienen können. Kette und Zweige werden unter Umständen noch anderer Materialien zu schlingenartigem Gerüst, die durch gabelartige Stangen geführt und in der Baumkrone gleichmäßig verteilt werden. Auf diese Weise erstreckt man die Baumkrone zu einer Art luftigen Kiste, die innerhalb sich einem gewissen Schutz

auch gegen die Unbilden des Wetters bietet, in der ferner auch aus Blättern, Fellen und ähnlichen Materialien liegende, hängende oder auch schwebende Lagerstätten vorhanden sind, die als Schlafgelegenheit dienen. Mannigfache Geräte, Werkzeuge und sonstige Vorrichtungen sind hier vorhanden, vermittelt deren die verschiedenartigsten künstlerischen Tätigkeiten ausgeübt werden.

Doch im Laufe der Jahrtausende wird die Baumwohnung unzureichend, vor allem deswegen, weil sie die Beschaffung der Nahrung zu sehr erschwert und beschränkt. Der beginnende Daseinskampf zwingt den Menschen auf den Erdboden hernieder, zwingt ihn, sich hier eine Wohnungseinrichtung zu suchen oder zu schaffen, die er zunächst in den Erdhöhlen findet. Nach dem Stadium der Baumwohnung ist der Mensch Höhlenbewohner gewesen, und auch diese Form der Wohnungsweise ist noch heute bei verschiedenen Naturvölkern erhalten geblieben. Die Höhlenhöhle ermöglichte bereits mehr und auch bessere Arten der möglichen Einrichtung. Hier finden wir die ersten Anfänge kunstgewerblicher Tätigkeiten, besonders das Kneten der verschiedenartigsten Tongefäße, hier finden wir Waffen und Werkzeuge bereits in viel vollkommenerer Form, hier wird das Tierfell als Lagerstatt wie auch als Bekleidung ein wichtiges Inventar der menschlichen Daseinsweise.

Auf einer weiteren Stufe der menschlichen und technischen Entwicklung endlich finden wir als Wohnung das bewegliche Zelt, hergestellt aus einem Gerüst fester Stangen, die bearbeitete Tierfelle tragen, welche als Wände der Zeltwohnung dienen. In jener Zeit, in welcher der Mensch als Nomade, als herumziehender Wanderer lebte, war das Zelt die typische und überhaupt allein mögliche Art der menschlichen Wohnung, die wir ebenfalls noch heute bei nomadierenden Naturvölkern feststellen können. Das Zelt war die erste Form einer künstlich geschaffenen Behausung, die als solche in ausgedehntem Gegenfuß zu der ursprünglichen Baum-

oder Höhlenwohnung stand und leitete, als der Mensch wieder sesshaft wurde und auf einen bleibenden Aufenthaltsort bedacht war, auch zur Anlegung festerer und dauernder Wohnungen über. Aus dem beweglichen Zelt wurde die festere Hütte, die aus rohen, späterhin aus bearbeiteten Baumstämmen (Balken) errichtet wurde und damit allgemein zur Verwendung und Bearbeitung des Holzes als des wichtigsten Arbeitsmaterials jener Epoche der menschlichen Kulturentwicklung überleitete; aus der Hütte wurde, als auch noch der Stein in die Reihe der Baumaterialien eintrat, das festere und geräumige Haus.

Mit der Anlage fester Wohnstätten, wie sie in Hütte und Haus jener Epoche sich darstellen, beginnt zugleich, wie bereits erwähnt, die Epoche der Holzbearbeitung für die Zwecke der menschlichen Wohn- und Daseinsweise, beginnt zugleich auch zum ersten Male die Erzeugung der wichtigsten Mittel der Wohnungseinrichtung, der Holzmöbel. Erst seit die Holzbearbeitung bis zu einer gewissen höheren Stufe der technischen Entwicklung, mindestens bis zur Erfindung und Anwendung der Säge, vorgeschritten war, konnte der Bau von Möbeln, das heißt künstlicher Vorrichtungen zur Ausgestaltung, vervollkommnung und Einrichtung der menschlichen Wohnstätten, beginnen. War das Holz von Anfang an das geeignetste Material zur Erzeugung solcher Vorrichtungen, so die Säge das unbedingt notwendige Werkzeug für diesen Zweck. Axt und Hammer, die einfachen Werkzeuge des früheren Menschen, reichten für diesen Zweck nicht aus, auch nicht die primitiven Schneidwerkzeuge jener Kulturepochen, wie wir sie in Gestalt natürlich scharfer oder künstlich geschärfter Steine, Knochen usw. kennen; erst die Säge, das Universalwerkzeug aller holzverarbeitenden Gewerbe, das in grauer Vorzeit überhaupt erst die höheren Formen der Holzbearbeitung und Holzverwendung einleitete, ermöglichte auch die Anfertigung von künstlichen Vorrichtungen aus Holz zum Zwecke der Wohnungseinrichtung. (Fortsetzung folgt.)

verhältnismäßig jung ist, und im weiteren Ausbau begriffen, ernährt er doch seinen Mann. Die Reedereien zahlten in den Jahren 1911 und 1912 insgesamt folgende Dividenden bei großen Abschreibungen.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo“	17%	Dividende
„Neptun“	26%	„
„Gansa“	32%	„
„Kosmos“	20%	„
Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft	25%	Dividende
Deutsche Levante-Linie	15%	„
Deutsche Ost-Afrika-Linie	17%	„
Hamburg-Amerika-Linie	20%	„
Hamburg-Südamerika-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	24%	Dividende
Norddeutscher Lloyd	12%	„
Reederei-Akt.-Gesellsch. von 1896	15%	„
Henssburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869	22%	Dividende.

Die Zeiten, wo Deutschland seine Schiffe im Ausland bauen lassen mußte, sind endgültig vorbei. Die deutsche Werftindustrie hat einen kolossalen Aufschwung genommen. Dieselben beschäftigen heute über 70 000 Arbeiter, Werften wie Blohm & Voß allein über 6000, die Vulkanwerke Hamburg-Stettin annähernd doppelt soviel, die Aktien-Gesellschaft Weser-Bremen über 5000 Arbeiter.

Die letztere arbeitet mit 9,2 Million Mark Aktienkapital, die Vulkanwerke mit 20, der Bremer Vulkan-Vegesack mit 12,12 und Blohm & Voß mit 14 Millionen Mark. Die Gewinne der Werften erreichen nicht ganz die Höhe wie die Reedereien sie ausgaben, jedoch auch hier finden wir anständige Dividenden, von einer Nichtrentabilität kann man auf alle Fälle nicht reden. Die Werften verteilten im Jahre 1912 Dividenden wie folgt:

Blohm & Voß, Hamburg	7%	Dividende
Vulkanwerke Stettin-Hamburg	6%	„
Vulkan, Vegesack	10%	„
Aktien-Gesellschaft „Weser“	6%	„
Atlas-Werke, Bremen	6%	„
Teddenborg-Bremerhaven	8%	„

Der Vulkanwerk Stettin-Hamburg war die Auszahlung dieser Dividende nur möglich unter Angriffnahme des Baufonds. 1911 verteilte sie noch 11 Prozent. Als Grund für die Auszahlung der geschmälierten Dividende gibt die Direktion den Kriegsschiffsbau an. Wer die Verhältnisse auf dem Hamburger Werk kennt, wird wissen, daß die dortigen inneren Einrichtungen, falsche Kalkulationen, großer Arbeiterwechsel und anderes mehr auch dazu beigetragen hat, die Dividende zu schmälern. Ob die Leitung des Hamburger Werkes Lehren daraus ziehen wird, wollen wir abwarten. Die Howaldts-Werke in Kiel laborieren schon Jahre herum und konnten auch 1912 eine Dividende nicht verteilen.

Die Konjunktur auf den Schiffswerften ist eine gute. Ende 1912 hatten die Weserwerften noch 42 Schiffe mit rund 300 000 Tonnen im Bau resp. bestellt. Die Werften in Hamburg, Kiel und Henssburger haben noch 27 Schiffe mit rund 254 000 Brutto Registertons im Bau bzw. bestellt. Gut sind also die Werften mit Aufträgen versehen und man darf ohne weiteres annehmen, daß die deutschen Reedereien, die auch für das laufende Jahr flotte Konjunktur melden, weitere Aufträge an die Werften erteilen werden.

Die deutschen Verftarbeiter gehen natürlich nicht mit geschlossenen Augen an diesen Erntezeiten vorüber. Und wenn es auch vielleicht angebracht gewesen wäre, vor Jahresfrist den Versuch zu machen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, so ist es auch jetzt noch nicht zu spät. Die Gewerkschaften und die in Betracht kommenden freien Gewerkschaften haben der Organisation der Verftarbeiter gemeinsame Forderungen überreicht. Hoffen wir, daß die Werftbesitzer selbst das nötige Verständnis zeigen und den Forderungen der Verftarbeiter entgegen kommen werden.

Neue Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Seit längerer Zeit haben sich die organisierten Arbeiter auf den Seeschiffswerften mit Beratungen über ihre Arbeitsverhältnisse beschäftigen müssen. Der Friede, der 1910 nach längerem Kampf in Hamburg geschlossen wurde, hat nicht dazu geführt, den damals geäußerten Wünschen der Arbeiterschaft das Maß von Entgegenkommen zu zeigen, das nach Lage der Dinge notwendig gewesen wäre. Es war in den Abmachungen von 1910 festgelegt worden, daß die Frage über die Höhe der Einstellungslohne Gegenstand örtlicher Verhandlungen sein sollte. Obwohl auch solche Verhandlungen in den einzelnen Werftorten stattfanden, gelang es doch nicht, die notwendige Einigung zu erzielen. Auch die in den Deutschen Gewerksvereinen organisierten Verftarbeiter haben die bestehenden Verhältnisse mehrfachen Beratungen unterzogen und sind dabei zu dem Schluß gekommen, gemeinsam mit den freien Gewerkschaften mit Vorschlägen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse an die Arbeitgeber heranzutreten. Auch dem Arbeitgeberverband „Gruppe deutscher Seeschiffswerften“ ist gleichzeitig mit der Einreichung der örtlich festgelegten Vorschläge an die einzelnen Werften eine entsprechende Mitteilung der Organisationsleitungen ausgegangen.

Gewünscht wird von den Arbeitern eine Arbeitszeit von 9 Stunden pro Tag. Des Sonnabends soll sie jedoch in Hamburg nur 7 Stunden, in den

anderen Werftorten 8 Stunden betragen. Das bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche. Außerdem soll an den Tagen vor hohen Festen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) noch eine weitere Verkürzung erfolgen.

Da bisher über die Höhe der Einstellungslohne immer noch Meinungsverschiedenheiten bestanden, so sind den Werften jetzt entsprechende Vorschlagslisten über die Höhe der Einstellungslohne für die einzelnen Berufsgruppen zugegangen. Neben der durch die Arbeitszeitverkürzung gebotenen Erhöhung, bzw. Umrechnung der Stundenlohne wird entsprechend den Löhnerverhältnissen eine allgemeine Erhöhung der Einstellungslohne verlangt, die je nach den einzelnen Werftorten und Berufen verschieden hoch bemessen ist. Dieser Einstellungslohn soll aber nur für eine Zeit von vier Wochen maßgebend sein; ist diese Anfangszeit eines Arbeiters auf der Werft abgelaufen, dann soll eine entsprechend höhere Bemessung des Stundenlohnes mit dem Arbeiter vereinbart werden. Einschließlich der Umrechnung wird eine Steigerung des Einstellungslohnes bis zu 8 Pfg. verlangt.

Die jetzt vorhandenen Stundenlohne sollen gleichfalls neben ihrer, durch die Arbeitszeitverkürzung bedingten Umrechnung eine allgemeine Erhöhung bis zu 7 Pfg. erfahren.

Für die Entschädigung von Ueberstunden, sowie der Nacharbeit auch bei Beschäftigung ist eine Einheitlichkeit nicht vorhanden. Um eine solche wenigstens annähernd zu erreichen, sind auch hierfür entsprechende Vorschläge gemacht worden.

Besonders geklagt wird von den Arbeitern über Mißstände bei der Akkordarbeit. Nicht nur, daß vielfach über unzureichende Akkordpreise und zu langfristige Akkorde geklagt wird, empfinden es die Arbeiter recht unangenehm, daß sie bei Beginn des Akkords über den Preis im Unklaren gelassen werden. Es wird deshalb gewünscht, daß ein angemessener Akkordüberschuß erzielt werden kann, daß dem Arbeiter das Recht eingeräumt wird, gegen zu niedrig angelegte Akkordpreise Einspruch zu erheben, daß hieraus entstehende Differenzen durch besondere Kommissionen untersucht und geschlichtet werden sollen und daß bei lang andauernden Akkorden über den Stundenlohn hinausgehende Abschlagszahlungen gewährleistet werden. Beim Abgang eines Arbeiters von der Werft soll demselben der erzielte Ueberverdienst unvollendeter Akkordarbeit nicht verloren gehen.

Bezüglich der Arbeiterausschüsse wird verlangt, daß diese nur aus Wahlen der Arbeiter selbst, nach dem Verhältniswahlsystem, hervorgehen sollen, während jetzt den Werften das Recht zusteht, die Hälfte der Arbeiterausschuhmitglieder zu ernennen (§ 134h, Abs. 4 der Gew. Ord.).

Infolge der auf den Werften vorkommenden zahlreichen Betriebsunfälle, werden weitergehende Schutzeinrichtungen verlangt, insbesondere legen die Arbeiter großen Wert darauf, daß der Gerüstbau nicht im Akkord, sondern im Stundenlohn ausgeführt werden soll.

Neben einigen weiteren Punkten von weniger großer Bedeutung wird auch der Wunsch auf Einführung von Arbeiterurlaub bei Weiterzahlung des Lohnes ausgesprochen. Eine solche Einrichtung ist bereits sowohl in Staatsbetrieben, wie auch in Privatbetrieben eingeführt. Für die Werften bedeutet das allerdings eine Neuerung, an sich ist es aber keine solche.

Diese Vorschläge sind am 17. Juni in die Hände der Arbeitgeber gelangt. Bei gutem Willen dürfte sich sehr wohl auf dem Wege der Verhandlung eine Verständigung finden lassen, ohne daß ein größerer Kampf notwendig wäre.

■ Rundschau. ■

Der Arbeitwilligenschuß. Diese Frage beschäftigt schon wieder einmal die Arbeitgeberzeitung. Anlaß hierzu gibt ihr der traurige Vorfall in Stettin, wo ein Streikender von einem Arbeitwilligen elendiglich erstochen wurde. Wir enthalten uns über diesen Fall jeden Urteils bis das Gericht gesprochen hat. Verwahrung muß aber dagegen eingelegt werden, daß nach Ansicht der Arbeitgeberzeitung die Arbeitwilligen nicht genügend vom Gesetz geschützt werden. Die Urteile vom Streik im Ruhrgebiet reden eine deutliche Sprache. Wer jemals einen Streik mitgemacht oder beobachtet hat, der wird ermessen können, wie diese „nützlichen Elemente“ von Arbeitwilligen von der Behörde wie ihren eigenen Augäpfel behütet werden, ebenso der Unternehmer. Das ist ja das Verwerflichste, daß die Unternehmer bei einem Streik sich solcher Elemente bedienen, ja oft Tausende dafür an Agenten bezahlen, während sie ihren Arbeitern jeden Pfennig Lohnerhöhung verweigern. Hier müßte ein Gesetz geschaffen werden, die solche Unternehmer unter Strafe stellen, da der öffentliche Friede sehr oft durch Veranziehung solcher Elemente gefährdet wird. Wir verwerfen jeglichen Terrorismus, wir verlangen aber daß der Streikende nicht anders behandelt wird, wie der Arbeitwillige, und daß man auch vor Gericht nach dem Grundsatz urteilt. Vor dem Gesetze ist jeder gleich.

Verwandler als Streikbrecher. Die Verleumdung ist bekanntlich eine der Hauptwaffen, mit der die Verbändler gegen Andersorganisierte ihren Kampf

führen. Wie oft hat man nicht den Mitgliedern der Deutschen Gewerksvereine den Vorwurf gemacht, sie seien Streikbrecher! Und wenn die von jener Seite ausgestreuten Klagen noch so oft durch die Tatsachen widerlegt wurden, so hat man doch von dieser nichtswürdigen Kampfesweise nicht abgelassen. Dabei haben die „Genossen“ vor den eigenen Taten gerade genug Schmutz liegen. Schon mehrfach haben wir Beweise erbringen können, daß gerade die Verbändler sich häufig als Streikbrecher gebrauchen lassen. Dafür können wir heute einen neuen Fall anführen, der in Nr. 22 des „Maschinist und Feizer“, also einem „freien“ Gewerkschaftsblatt, erörtert wird. Da werden Betrachtungen angestellt über die Lohnbewegung des Schifferpersonals an der Unterweser. Den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes wird darin folgendes nachgesagt:

„Zu bedauern ist, daß eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes nach deren Angaben mit Erlaubnis der Organisationsleitung als Oberheizer und Maschinisten-Affizienten die Stellender ausgesperrten besetzten und damit den Kampf ebenfalls bedeutend erschweren, während die sonst noch in Frage kommenden freien Gewerkschaften strengste Solidarität üben.“

Es ist ein „freies“ Gewerkschaftsblatt, — das wollen wir noch einmal ausdrücklich betonen — das den Verbändlern hier den Vorwurf des Streikbruchs macht. Ja, die Organisationsleitung selbst soll sogar die Erlaubnis dazu gegeben haben. Das wäre allerdings das stärkste Stück. Aber gleichviel: Jedenfalls haben „Genossen“ Streikbruch verübt. Das muß man sich merken, wenn von jener Seite ungerechtfertigte Angriffe kommen. Wer im Glashaufe sitzt, darf nicht mit Steinen werfen.

Ein neuer Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften soll von Rom aus geplant sein. Schon seit einigen Wochen gehen durch die Tageszeitungen Notizen, daß der Papst wiederum eine Kundgebung gegen die christlichen Gewerkschaften beabsichtigt. Dabei fällt auf, daß diese Nachrichten in der Presse aller politischen Parteien zu finden sind, mit Ausnahme der Zentrumsorgane, die sich noch in tiefes Schweigen hüllen. Neuerdings heißt es, daß mehrere Vertreter der sogenannten Berliner Richtung, also der katholischen Fachabteilungen, während der letzten Krankheit des Papstes in Rom eifrig bemüht gewesen seien, einen neuen Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. In vatikanischen Kreisen seien diese Bestrebungen angehts der sehr schweren Krankheit des Papstes als eine pietätlose Aufdringlichkeit aufgefaßt worden. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Berliner Richtung in Rom etwa in Ungnade gefallen sei oder ihre Ideen an Sympathien verloren hätten. Denn die Treibereien sollen doch die Wirkung gehabt haben, daß man in einflussreichen Kreisen des Vatikans zu der Erkenntnis gekommen sei, daß mit der letzten Enzyklika den christlichen Gewerkschaften nicht beizukommen und mit den konfessionellen Fesseln ihre Unterdrückung in Deutschland nicht zu erreichen sei. Deshalb beabsichtigt man jetzt, die christlichen Gewerkschaften an ihrer empfindlichsten Stelle, der Streikfrage, zu treffen. Es ist bekannt, daß die sogenannten katholischen Fachabteilungen den Streik als Todsünde verurteilten, während die christlichen Gewerkschaften ihn im Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse nicht entbehren zu können glauben. Hier soll der Gehel angefeht werden.

Es wird behauptet, daß man in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften von jenen Treibereien Kenntnis habe, daß man aber den zu erwartenden Schritten Roms mit der größten Seelenruhe entgegenstehe. So muß man natürlich sagen. Sollte jedoch vom Papste tatsächlich ein neuer Vorstoß gegen die christliche Organisation nach der erwähnten Richtung unternommen werden, so würde das einen weiteren schweren Schlag bedeuten, der von den christlichen Gewerkschaften vielleicht noch merklicher gefühlt würde als die Enzyklika vom vorigen Jahre.

Jedenfalls zeigen alle diese Dinge von neuem wieder, wie verkehrt es ist, wenn man in die Standesbewegung der Arbeiter Dinge hineinträgt, die damit nichts zu tun haben. Würde man das kirchliche Moment aus der Gewerkschaftsbewegung herauslassen, dann hätte auch der Papst nichts dreinzureden.

Der „Holzarbeiter“, Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, bringt in seiner letzten Nummer einen längeren Artikel über eine Lohnbewegung in Gladbach bei Neuwied. Es handelt sich hier um die Knopfarbeiter der Firma Krings. Durch das Verhalten der christlichen Metallarbeiter, die hier vollständig versagten, nachdem man zuerst sehr kräftige Töne geredet hatte, ging die Bewegung verloren. Man versucht jetzt die Gewerksvereine, namentlich den Bezirksleiter des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, Kollegen Kreyer nach echt christlicher Manier in den Sumpf zu ziehen. Wir haben ja keine Ursache, auf das Geschreibsel näher einzugehen, da unsere Kollegen der Metallarbeiter mit diesen Welden schon abrechnen werden. Wollte man den ganzen Sumpf aus dem christlichen Lager der Metallarbeiter in unserem Organ veröffentlichen.

dann müßten wir unsere Zeitung täglich erscheinen lassen. Der Artikel im christlichen „Holzarbeiter“ ist aber darauf zugeschnitten, die Gewerksvereine in ihrer Gesamtheit zu verunglimpfen, und darauf gibt es nur eine Antwort: „Niedriger hängen!“

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

Nr. 38a. A. 23 280. Schweiß- und Dekupiersäge. Ferdinand Anders, Straßburg i. El. Angem. 30. 8. 12.

Nr. 68a. L. 34 389. Rechts und links verwendbares Schloß mit einem auf Länge einstellbaren Niegel. Max Lindner, Berlin. Angem. 13. 5. 12.

Erteilte Patente:

Nr. 34g. 261 796. Kirchengestühl. Heinrich Gorr, Gebrauchsmuster.

Rupferdreh. Ruhr. Angem. 20. 6. 12.

Nr. 34g. 556 455. Haushaltungsstuhl. Paul Stüttner, Wibra, Postrentwertshausen. Angem. 13. 5. 13.

Nr. 34g. 555 787. Sofaumbau mit Seitenschranken. Gebrüder Kawitsch, Breslau. Angem. 2. 5. 13.

Nr. 34g. 555 940. In ein Bett umwandelbares Stimmöbel. Heinrich Rohut, Mährisch-Odrau, Cesterr. Angem. 30. 4. 13.

Nr. 34i. 556 244. Vorrichtung zum Verschieben und Feststellen von Vergrößerungsplatten bei dazu geeigneten Mikroskopen. Robert Bauische, Görlitz. Angem. 9. 5. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Ulm a. D. Unser Ortsverein hielt am Samstag, den 14. Juni, im „Ratskeller“ eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung bot des Interessanten vieles, so daß alle Kollegen auf ihre Rechnung kamen. Nach Verlesung des Protokolls gab der Kassierer den Rechnungsab-schluß pro I. Quartal 1913 bekannt. Der Vorsitzende erläuterte dann an Hand der amtlichen Abschlüsse den Jahresbericht 1912, dabei feststellend, daß unsere Kassen gut fundiert seien und einen Vergleich nach jeder Richtung hin mit anderen Organisationen anzuhalten vermögen. Daran anschließend gab derselbe auch einen kurzen Ueberblick über die Kassen- und Mitgliederverhältnisse des Gesamtverbandes. Auch da sei ein merkbarer Fortschritt zu verzeichnen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch über die geplante Volksversicherung, die in Verbindung mit unserer Begräbniskasse geschaffen werden soll, diskutiert wurde. Redner gab die Thesen bekannt, die der Hauptkassierer dem Hauptvorstand dieserhalb unterbreitet hatte und machte einige erläuternde Ausführungen dazu. Kollege Varnholt ergänzte dieselben und legte eingehend die Gründe dar, die den Hauptvorstand bewogen, mit der neugegründeten Aktiengesellschaft „Versicherungsverein“ in Verbindung zu treten; damit soll einerseits der Zweck erreicht werden, der agitatorischen Wirkung der von den sozialdem. Gewerkschaften neugegründeten „Volksfürsorge“ entgegenzutreten, andererseits soll unsern Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, für den Fall, daß sie sich mit einer höheren Summe versichern wollen, dies durch Vermittlung des Gewerksvereins tun können. Unter „Verschiedenes“ berichtet ein Kollege die Bergünstigungen, die den Mitgliedern der sozialdem. Gewerkschaften bei Ausstellungen, Theaterbesuchen usw. zuteil werden und hofft, daß der Ortsverband auch etwas in dieser Weise tun möge. Kollege Jälschker stellt fest, daß auch von Seiten des Ortsverbandes mehr gegeben würde, wenn mehr Interesse für solche Veranstaltungen bei den

Mitgliedern vorhanden wäre, andererseits sei, was die sozialdem. Gewerkschaften unter der Marke „Bildungsausschuß“ für die organisierte Arbeiterschaft bieten, nur eine Täuschung der Öffentlichkeit, darauf ausgehend, agitatorische Vorteile zu erreichen. Kollege Varnholt habe im Auftrage des Ortsverbandes in einer Notiz in der „Ulmer Zeitung“ Aufklärung über diesen sogenannten „Bildungsausschuß“ gegeben. Durch eine längere Anmerkung an diese Notiz sei ein Konflikt ausgebrochen, der aber bereits zu Gunsten des Ortsverbandes beigelegt sei. Die vom Hauptvorstand neu eingeführten Lohnblätter haben Anklang gefunden und die Versammlung beschloß, vorerst 20 Stück zu bestellen.

Den Mittelpunkt der Versammlung bildete ein Vortrag des Kollegen Varnholt über das Thema: „Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat“. Redner verstand es, mit warmen Worten die große Volkserhebung von 1813 zu schildern und in humorvoller Weise manches kulturhistorische Bild, das den Zeitgeist der darauf folgenden Jahrzehnte in drastischer Weise uns vor Augen führte, zu entwerfen. Die ungeahnte Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat wurde durch reiches Zahlenmaterial ergänzt und die Stellung unserer Gewerksvereine in diesem modernen Wirtschaftsgebiete in feim durchdachtem Rahmen hervorgehoben. **Georg Strauch.**

Wismar. Am Sonnabend, den 14. Juni, hielt der Ortsverein der Holzarbeiter seine ordentliche Monatsversammlung ab. Als das Protokoll von der vorletzten Versammlung verlesen war und hiergegen keine Einwendungen gemacht wurden, ergriff der Vorsitzende das Wort und führte etwa folgendes aus: Wenn auch gegen das Protokoll nichts einzuwenden sei, so doch gegen die betreffende Versammlung selbst. Die Versammlung sei allerdings gut besucht gewesen, aber auch diejenigen Mitglieder hätten noch Platz gehabt, die durch ihre Abwesenheit glänzten. Er sprach den Wunsch aus, daß, wenn einmal ein Referent von unserer Seite in Wismars Mauern weilt, die Mitglieder es sich zur Pflicht machen möchten, vollzählig zu erscheinen. Es sei weiter bedauerlich, daß die Schriftführer so wenig Berichte eingesandt hätten, was wohl darauf zurückzuführen sei, weil das Thema meist ein und dasselbe war, sich ein Ortsverein auf den anderen verlassen hätte. Bei dem Referenten müßte es beinahe den Eindruck erwecken, als wenn wir nicht mit ihm zufrieden gewesen wären. Er glaube aber, daß diejenigen, welche die zündenden Worte des Referenten gehört haben, den Kollegen Wroczykowski jederzeit herzlich willkommen heißen werden. Nachdem nun der Bericht der Kasse gegeben war und ein besonderer Punkt nicht angefaßt war, wurde in „Verschiedenes“ eingetreten. Auch hier ergriff der Vorsitzende nochmals das Wort. Er wies mit kurzen Worten auf unsern diesjährigen Verbandstag hin, daß dieser in seiner öffentlichen Wirksamkeit wohl einer der erfolgreichsten gewesen sei. Wichtige Beschlüsse seien für uns Arbeiter gefaßt worden und unsere Pflicht sei es nun, mitzuhelfen, ein jeder an seiner Stelle, daß diese Beschlüsse nun auch verwirklicht würden. Er legte den Mitgliedern ferner ans Herz, den Aufruf, den Verbandsleitung und Zentralrat an die Mitglieder gerichtet hätten, nicht ungelesen beiseite zu legen, denn es seien beherzigende Worte die darin ausgesprochen sind. Mit starkem innerem Stolz müsse sich ein jeder als Gewerksvereiner bekennen, denn so ringe man dem Gegner Achtung ab und agitiert am besten für unsere Organisation. Sodann wurden die Anträge des Arbeiterausschusses besprochen. Große Entrüstung rief ein persönlicher Antrag von freigerwerblicher Seite hervor, der dahin ging, die Arbeitszeit anders einzuteilen, ohne die Arbeiterschaft erst darüber gehört zu haben. Es wurde unser Kollege Schröder als

Obmann des Arbeiterausschusses beauftragt, dahin zu wirken, daß so etwas nicht wieder vorkäme. Der Vorsitzende kam dann noch auf unsere Gewerksvereinskrankenkasse zu sprechen, daß diese in fegensreicher Weise für unsere Mitglieder gewirkt habe. Er forderte diejenigen Mitglieder auf, welche nur einer Klasse angehören, sich noch in einer zweiten zu versichern, um auch in Krankheitslagen ein Auskommen zu haben. Er wünschte, daß dann bei der Wahl unsere Gewerksvereinskrankenkasse berücksichtigt werden möchte. Denn je mehr Mitglieder, je leistungsfähiger würde die Klasse sein. Weiter wurde die Petition des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine besprochen, welche an den Reichstag eingereicht sei, in welcher ein Reichseingungssamt gefordert wird. Es wurde allgemein bedauert, daß die Sozialdemokratie dagegen gestimmt hätte. Wenn auch zunächst noch viele Fehler daran haften würden, sei es doch immerhin ein Schritt vorwärts, welches die wirtschaftlichen Kämpfe vermindern würde, zum Vorteil der Arbeiter. Die Sozialdemokratie rechne aber anders. Durch solche Einrichtung könnten ihr leicht die Massen entzogen werden und ihre schöne Herrlichkeit sei dann zu Ende. Ein neues Bindemittel soll jetzt die „Volksfürsorge“ werden. Der Vorsitzende warnte die Mitglieder sich in dieser Volksfürsorge zu versichern. Wer sich versichern will, kann das selbe auch bei uns haben. Denn unsere Sterbekasse sei dazu ausgebaut worden. Im großen und ganzen könnten wir mit unserer Bewegung zufrieden sein, und wenn jedes Mitglied auf dem Posten ist, dann werden wir unsern lieben Gegnern bald zeigen können, daß unser Weg der richtige ist und alle anderen links und rechts am Ziel vorbei führen.

Lohnbewegung.

Zugung ist ferngehalten nach Apolda (Apollowerke), Dortmund (Wagner & Co., Werkzeugmaschinenfabrik), Haynan (Firma A. Friedrich).

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 26. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Verlorenes Mitgliedsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt: Nr. 10266 Ebelbacher-Düsseldorf. Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. **Der Hauptvorstand.**

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 28. Juni 1913: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Roppenstr. 65, Bezirksversammlung. Modell- u. Fabrik-tischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Bezirksversammlung, verbunden mit der 25 jährigen Jubiläumssfeier eines Mitgliedes. Bezirk Sieglin. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bienenstöckchen, Schlossstr. 66, Bezirksversamm. Sonnabend, den 5. Juli 1913: Bezirk Nord und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattauch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Flavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Pletsch, Goethestr. 59, Bezirksvers. Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. **Die Verwaltung**

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die gelben Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollzählige Einzahlung derselben wird besonders ersucht.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Feiern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neuföllu.

Sonnabend, den 5. Juli 1913. 5. Sommer. Hermannstr. 199.

Zahlabend.

Der Aufsicht.

Mit ca. 500 M. Anzahlung kann Tischler- oder Tischlermeister komplette Holzwerk- u. Maschinenanlage aus Privat sofort ersehen. Angehört ab M. G. 122 an der Urtheilstr. 101. **Gebrüder Schmitt, Berlin**

Der praktische Modelltschler.

Zweite vollständig erweiterte und verbesserte Auflage, Vorkursbuch zur Erlangung von Modellen und Zeichnungen für Eisen, Stahl und Holz. **Dr. Schichtel, Köln-Kalk, Josephstr. 22**

Die Deutschen Gewerksvereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Varnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:
1 Stück 0,10 M.
25 „ 2,00 „
50 „ 3,50 „
100 „ 6,00 „
Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerksvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Greifswalder Str. 21, B. zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

Arbeitersekretariat

Nürnberg und Umgegend. Das Arbeitersekretariat der Gewerksvereine befindet sich ab 1. Juli 1913 Aufsehlplatz 12, nächst dem Hauptbahnhof. Telephon 6935. — Dortselbst für alle zureichenden Kollegen Arbeitsnachweis.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirks

befindet sich **Ulm a. D., Neithardstr. 14.** Die Vorstände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; desgleichen die Adressen von denjenigen Mitgliedern des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten. **Die Bezirksleitung J. A. Varnholt.**